

Glarus 2011

3 Gemeinden.
1 Kanton.



Marianne Dürst

Liebe Glarnerinnen und Glarner

Die ausserordentliche Landsgemeinde hat am 25. November 2007 entschieden. Sie hat den direkten Weg zu drei starken Gemeinden und einem wettbewerbsfähigen Kanton bestätigt. Der deutliche Mehrheitsentscheid lässt keine Fragen offen. Die Glarnerinnen und Glarner wollen, dass die Gemeindestrukturreform realisiert wird. So sehen es auch die Kritiker und Skeptiker des Reformvorhabens, die den Entscheid der Landsgemeinde respektieren. Das Ziel, drei starke Gemeinden in einem wettbewerbsfähigen Kanton zu schaffen, kann nun mit ungebrochener Kraft angepeilt werden.

Das klare Ergebnis freut mich ausserordentlich. Anlass zu Triumph ist es nicht. Vielmehr betrachte ich den Entscheid als Auftrag und Verpflichtung, die Gemeindestrukturreform in der Form und der Zeit zu realisieren, wie es im Memorial angezeigt wurde. Wir werden diesen Auftrag nach Kräften erfüllen.

Die ausserordentliche Landsgemeinde hat viele Kräfte freigesetzt. Auf Befürworter- wie auf Gegenseite wurde leidenschaftlich um das Projekt gefochten. Allen, die sich konstruktiv – ob unterstützend oder skeptisch – mit dem Projekt «GL2011» befasst haben, danke ich an dieser Stelle herzlich. Sie haben beim tiefgreifendsten Vorhaben unseres Kantons seit Jahrzehnten zur fundierten Meinungsbildung beigetragen. Das Wissen um die Stärken und

Schwächen, um die Ziele und Hindernisse der Gemeindestrukturreform wurde in den letzten Wochen und Monaten deutlich geschärft. Das ist für unseren Kanton ausserordentlich wichtig.

Rund ein Drittel der Glarnerinnen und Glarner hat an der ausserordentlichen Landsgemeinde gegen die Gemeindestrukturreform gestimmt. Viele von ihnen fürchten, die Reform verändere ihre Heimat negativ oder koste gar ihren Arbeitsplatz. Ich nehme diese Ängste und Zweifel sehr ernst. Kritische und skeptische Stimmen sollen auch in Zukunft einen festen Platz in den Projektgruppen haben.

Das stolze Ergebnis vom 25. November 2007 gibt uns Schwung und Kraft. Machen wir uns also nach der Ausmarchung wieder an die Arbeit – gemeinsam, konstruktiv und zielorientiert. Für einen wettbewerbsfähigen Kanton und für drei starke Gemeinden.

Ich wünsche Ihnen herzlich frohe Festtage und einen guten Start ins neue Jahr.

Marianne Dürst
Regierungsrätin

Projektleiterin
Kanton «GL2011:
drei starke Gemeinden –
ein wettbewerbsfähiger
Kanton»



Glarus 2011

3 Gemeinden.

1 Kanton.

Ausblick 2008: Zeit für Nägel mit Köpfen

Stand das Jahr 2006 im Zeichen der Vorbereitungs- und Aufbauarbeiten und war das Jahr 2007 geprägt von tief greifender Grundlagenarbeit, so werden im kommenden Jahr erste «Nägel mit Köpfen» gemacht. Die neuen Gemeinden werden Schritt für Schritt Gestalt annehmen.

Von weit reichender Bedeutung für das Personal beim Kanton und bei den Gemeinden sowie für die verschiedenen Behörden werden die Arbeiten der Projekte B3.2 «Verwaltung», B3.3 «Werkhof und Forstbetriebe» sowie Projekt C1 «Personelles» sein. Ebenfalls zentral sind die weiteren Arbeitsschritte des Projektes B4 «Schule».

Verwaltung, Werke und Forstbetriebe

Bei der Verwaltungsorganisation, den Werkhöfen und den Forstbetrieben geht es darum festzulegen, für welche Aufgaben künftig der Kanton die Verantwortung hat und welche den Gemeinden übertragen werden. Bei der Verwaltungsorganisation schlägt die vorbereitende Gruppe

vor, einzelne Aufgaben, die heute in der Verantwortung des Kantons liegen, den neuen Gemeinden zu übertragen. Die Gemeinden werden also gestärkt. Das entsprechende Projektpapier wird dem Regierungsrat zur Beratung und zum Entscheid vorgelegt. Dieser Entscheid wird die Grundlage bilden, damit die Projektgruppe konkrete Vorschläge für die künftige Verwaltungsorganisation inklusive der personellen Dotierung ausarbeiten kann. Es wird anschliessend an den kommunalen Projektgruppen D3.2 von Glarus Süd, Glarus Mitte und Glarus Nord sein, diese Vorschläge zu prüfen und sie auf ihre künftigen Gemeinden zu übertragen. Der Entscheid, welche Verwaltungsorganisation für ihre Gemeinde die richtige ist, liegt – soweit sie den Vorgaben und Rahmenbedingungen des Gemeindestrukturprojektes entspricht – in der Kompetenz der Projektleitungen Glarus Nord, Glarus Mitte und Glarus Süd. Mit konkreten Resultaten dieser Projekte darf im ersten Semester 2008 gerechnet werden.

Die Zielsetzungen bei den Werkhöfen und den Forstbetrieben sind weitgehend analog zu den Fragestellungen bei der Verwaltungsorganisation. Auch hier geht es darum, die künftigen Verantwortungsbereiche festzulegen und darauf basie-



Glarus 2011

3 Gemeinden.

1 Kanton.

rend Organisationsmodelle für Glarus Süd, Glarus Mitte und Glarus Nord vorzuschlagen. Die Arbeiten bei diesem Projekt sind jedoch noch nicht so weit fortgeschritten, trotzdem darf in der ersten Hälfte des kommenden Jahres mit konkreten Vorschlägen gerechnet werden.

Übergangsbestimmungen und Musterpersonalordnung

Für beide Projekte wichtig sind die Arbeiten im Rahmen des Projektes «Personelles». Die Projektgruppe, die bereits mit der Ausarbeitung der Grundsätze für den Umgang mit dem Personal (Soziale Grundsätze) einen wichtigen Meilenstein für die Umsetzung der Gemeindestrukturereform gesetzt hat, erarbeitet zur Zeit eine Musterpersonalverordnung sowie die Übergangsbestimmung für die Anstellungsbedingungen, die Sozialleistungen, allfällige Frühpensionierungen usw. Diese Arbeiten sind voraussichtlich im ersten Halbjahr abgeschlossen.

Eine neue Schule entsteht

«Nägel mit Köpfen» – dieses Motto gilt insbesondere und ausgeprägt für das künftige Schulwesen. Dieses wird mit der Bildung von Glarus Süd, Glarus Mitte und Glarus Nord in völlig neuer Form organisiert und für die Zukunft der Glarner Jugend massgeschneidert. Die Fragestellungen, die die Projektgruppe bearbeitet, sind ausserordentlich vielschichtig. Sie betreffen sowohl Schulangebot wie Dienste, die Organisation der künftigen Behörden und Schulleitungen, Struktur- und Finanzfragen, die Anstellungsbedingungen für die Lehrpersonen, ein Muster-schulreglement sowie alle Fragen des Übergangs von den alten zu den neuen Schulbehörden. Die Projektgruppe hat ihre Arbeiten weitgehend ab-

geschlossen. Die Projektleitung Kanton wird sich zu Beginn des Jahres 2008 mit den Vorschlägen befassen und sie anschliessend dem Regierungsrat einreichen. Das neue Bildungsgesetz wird im Frühjahr im Regierungsrat traktandiert und der Landsgemeinde 2009 zum Entscheid vorgelegt.

Von den alten zu den neuen Gemeinden

Am 4. Dezember 2007 hat der Regierungsrat zudem zuhanden der Landsgemeinde 2008 die «Anpassung der Kantonsverfassung, des Gemeindeggesetzes und weiterer 19 Gesetze» verabschiedet. Die offene Gesetzgebung überlässt es den Gemeinden, wie sie sich strukturieren und organisieren wollen. Man wird aber auf den bekannten Strukturen aufbauen und es werden nur dort Änderungen vorgeschlagen, wo dies das Dreier-Modell erfordert. Die Änderungen im Gemeindegesetz erlauben es den Gemeinden, sich zweckmässig und den eigenen Bedürfnissen entsprechend zu organisieren. Für die laufende Legislaturperiode von grosser Bedeutung ist der vorgeschlagene Zeitpunkt der Wahl der neuen Gemeindebehörden und der Übergang von den heutigen an die neuen Gemeindebehörden: Entgegen ersten Vorstellungen soll die Amtsdauer der heutigen Gemeindebehörden ordentlich per Juni 2010 enden. Die neuen Vorsteherschaften werden die alten Gemeinden am 1. Juli 2010 übernehmen, diese in den alten Strukturen weiter- und anschliessend auf den Jahreswechsel 2010/2011 hin in die neuen Strukturen überführen. Die neuen Gemeindebehörden sollen rechtzeitig angestellt und entschädigt werden. Bis Mitte 2010 beschränken sich ihre Kompetenzen auf die Regelungen der Geschäfte der neuen Gemeinde

Weitere Informationen:

Broschüre «GL 2011: Drei starke Gemeinden – ein wettbewerbsfähiger Kanton; Zeit- und Massnahmenplan».

Zu beziehen bei: Fachstelle für Gemeindefragen (gemeindestrukturereform@gl.ch) oder via Homepage www.gl2011.ch

Glarus 2011

3 Gemeinden.

1 Kanton.



Rückblick 2007:

Vier Jahre auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigen Kanton und zu drei starken Gemeinden

Die a.o. Landsgemeinde war eine wichtige Zäsur für die Gemeindestrukturreform. Zeit also, den bisherigen Weg im Zeitraffer Revue passieren zu lassen.

Frühjahr 2003: Politische Vorstösse

- Die SVP Landratsfraktion reicht eine Motion ein, mit der sie die Umstrukturierung des Bildungs- und Sozialwesens verlangt.
- Ein Memorialsantrag fordert die Einführung der Einheitsgemeinde, also den vertikalen Zusammenschluss von Ortsgemeinde, Schulgemeinde, Fürsorgegemeinde und Tagwen, in allen Gemeinden des Kantons.

- Regierung und Landrat beschliessen, die Strukturen des Kantons gesamtheitlich zu prüfen und zu optimieren.

Herbst 2003 – Januar 2004: Auftrag als erste Antwort

«Reformen sind teuer – verpasste Entwicklungschancen kosten mehr.» Der Regierungsrat beschliesst als Antwort auf die Vorstösse, die Gemeindestrukturen unter aktiver Teilnahme zu optimieren. Im Januar 2004 genehmigt der Landrat einen Kredit von Fr. 250'000, um eine Gemeindestrukturreform vorzubereiten.

April 2004 – November 2004: Erste Lösungsansätze

Eine rund 50 Personen umfassende Projektgruppe mit Glarner Persönlichkeiten aus praktisch allen Interessengruppen erarbeitet unter Leitung von Projektleiter Dr. Fritz Schiesser, Landrat und Ständerat, einen ersten, noch unverbindlichen Reformvorschlag. Dieser sieht kurzfristig die Verstärkung der interkommunalen



Glarus 2011

3 Gemeinden. 1 Kanton.

Zusammenarbeit und langfristig die Bildung von starken Einheitsgemeinden vor. Das Schulwesen soll regionalisiert, das Fürsorgewesen kantonalisiert werden. Der Regierungsrat schliesst sich dem Vorschlag an und kommuniziert ihn anlässlich einer Pressekonferenz.

Dezember 2004 – Juli 2005: Projektteam favorisiert neun Gemeinden

Die Projektgruppe überprüft in der zweiten Phase der Projektarbeiten das Zwischenresultat kritisch. Sie kommt zur Entscheidung, dass eine Gemeindestrukturreform in zwei Schritten doppelte Arbeit bei weniger Nutzen bedeutet. Sie empfiehlt daher im Juli 2005 dem Regierungsrat, direkt neun Einheitsgemeinden in den drei Planungsregionen Unterland, Mittelland und Hinterland zu schaffen. Das Fürsorge- und Vormundtschaftswesen sollen kantonalisiert werden.

Juli 2005 – August 2005: zehn Einheitsgemeinden

Nach eingehender Beratung schnürt der Regierungsrat zuhänden des Landrates die regierungsrätliche Vorlage. Er schliesst sich in den meisten Punkten dem Projektteam an, empfiehlt aber zehn Einheitsgemeinden zu schaffen. In Bezug auf die Kantonalisierung des Sozial- und Vormundtschaftswesen bestehen keinerlei Differenzen.

August 2005 – Januar 2006: Beratungen im Landrat

Der Landrat diskutiert die Gemeindestrukturreform eingehend zunächst in der vorberatenden Kommission, dann im Rat. Im Zuge dieser Beratungen wird die Variante «3 Gemeinden» ins Spiel gebracht. Ein zusätzlicher Bericht zeigt die Chancen und Risiken von drei grossen Gemeinden auf. Nach intensiver Diskussion und einer Vernehmlassung bei den Gemeinden und betroffenen Körperschaften schliesst sich der Landrat dem Regierungsrat an. Er optimiert zwar die Vorlage an einzelnen Stellen, verabschiedet sie in den Grundzügen aber in der vorgeschlagenen Form von zehn Einheitsgemeinden.

7. Mai 2006: Landsgemeinde macht den Weg frei

Das Haupttraktandum an der Landsgemeinde 2006 ist die Gemeindestrukturreform. Der Antrag auf Bildung von zehn Einheitsgemeinden wird durch verschiedene Anträge von Bürgerinnen und Bürgern ergänzt, gemehrt und gemindert. Darunter ist auch der Antrag eines Bürgers, anstelle von zehn Einheitsgemeinden deren drei zu schaffen und zwar in den Grenzen der drei Regionen Hinterland, Mittelland und Unterland. Der Entscheid fällt knapp zu Gunsten der drei grossen Einheitsgemeinden: Glarus Nord (entspricht der heutigen Region Glarner Unterland) mit Bilten, Niederurnen, Oberurnen, Näfels, Mollis, Filzbach, Obstalden, Mühlehorn, Glarus Mitte (entspricht der heutigen Region Glarner Mittelland) mit Netstal, Glarus, Riedern, Ennenda, Glarus Süd (entspricht der heutigen Region Glarner Hinterland) Mitlödi, Schwändi, Sool, Schwanden, Haslen, Nidfurn, Leuggelbach, Luchsingen, Betschwanden, Rüti, Braunwald, Linthal, Engi, Matt, Elm. Fast unbestritten ist die Kantonalisierung des Sozial- und Vormundtschaftswesens.

Mai 2006 – August 2006: Planung und Aufbau der Projektorganisation

Unmittelbar nach der Landsgemeinde wird die Vorlage durch den Landrat bereinigt und ein Gewährleistungsverfahren beim Bund eingeleitet, das inzwischen abgeschlossen ist. Beim Bundesgericht werden zwei staatsrechtliche Beschwerden eingereicht. Das Bundesgericht weist die Beschwerden jedoch zurück.

Nach der Bereinigung der Vorlage leitet der Regierungsrat den Aufbau der Projektorganisation ein. Es wird unter der Gesamtleitung des Regierungsrates eine zweigeteilte Projektleitung etabliert: Die Projektleitung Kanton und die Projektleitungen Glarus Süd, Glarus Mitte, Glarus Nord sollen die Gemeindestrukturreform kooperativ auf derselben Ebene leiten. Der Regierungsrat genehmigt bereits im Juli 2006 den «Leitfaden zur Umsetzung der Gemeindestrukturreform».

Glarus 2011

3 Gemeinden.

1 Kanton.

August 2006 – Dezember 2006: Projektstart

Die Projektleitung Kanton nimmt die Arbeit auf. Ende August informiert sie die Gemeindebehörden ein erstes Mal über die geplante Umsetzungsstrategie. Die ersten Monate müssen primär dem Projektaufbau gewidmet werden: Berufung der Projektleitungen Glarus Nord, Glarus Mitte Glarus Süd, Aufbau verschiedener Projektgruppen, Start erster Projekte, Erlass der Weisungen zur Umsetzung der Gemeindefeststellungsreform usw. Die Kantonalisierung des Sozial- und Vormundschaftswesens läuft bereits auf Hochtouren.

Januar 2007 – August 2007: ordentlicher Projektverlauf – ausserordentliche Herausforderung

Im Januar informiert die Projektleitung Kanton die Behördenmitglieder ein zweites Mal über den Verlauf des Projektes. Inzwischen sind bereits zahlreiche Projekte gestartet. Die Kantonalisierung des Sozial- und Vormundschaftswesens wird vom Regierungsrat und vom Landrat zuhanden der Landsgemeinde 2007 verabschiedet und dort einstimmig genehmigt. Die Projektgruppe «Personelles» erarbeitet die Grundsätze für den Umgang mit dem Personal und legt sie dem Regierungsrat zur Genehmigung vor. Auch die Projektgruppe «Volksrechte/Behörden» schliesst ihre Arbeiten ab. Inzwischen arbeiten rund 500 Personen entweder in den kantonalen Projekten oder für Glarus Süd, Glarus Mitte und Glarus Nord in unterschiedlichsten Funktionen an der Umsetzung der Gemeindefeststellungsreform. Im Juni wird bekannt, dass Kritiker/-innen des Vorhabens eine a.o. Landsgemeinde anstreben und zu diesem Zweck Unterschriften sammeln. Ende August werden 2200 Unterschriften eingereicht und die a.o. Landsgemeinde wird damit Realität.

August 2007 – November 2007: Im Banne der a. o. Landsgemeinde

Der Regierungsrat entscheidet, trotz a. o. Landsgemeinde die Arbeiten an der Gemeindefeststellungsreform im vorgesehenen Takt fortzusetzen. Weitere Projektgruppen starten. Die Gemeindebe-

hörden sowie die Mitarbeitenden in den Gemeinden, Werken und weiteren kommunalen Institutionen werden an der Gemeindepräsidentenkonferenz resp. an einem speziellen Anlass für Gemeindefeststellungsreform im September über die Grundsätze für den Umgang mit dem Personal orientiert. Die Projektarbeiten schreiten fort, trotzdem bindet die Vorbereitung der a. o. Landsgemeinde Kräfte, muss doch das Memorial vorbereitet, durch den Regierungsrat genehmigt und vom Landrat verabschiedet werden. Die a. o. Landsgemeinde vom 25. November 2007 entscheidet schliesslich mit Zweidrittelsmehrheit, die Gemeindefeststellungsreform weiterzuführen.

Der Entscheid stützt den Regierungsrat und die reformfreudigen Kräfte in seinen Bestrebungen, den Kanton Glarus und seine Gemeinden für die Zukunft zu stärken und im schweizerischen Standortwettbewerb optimal zu positionieren. Er gibt die notwendige Kraft und den Schwung, die Reformen zielorientiert und kooperativ mit allen Kräften im Kanton umzusetzen.

Glarus 2011

3 Gemeinden.
1 Kanton.

Glarus Nord

Glarus Mitte

Glarus Süd

Einblicke in die Projektarbeiten der künftigen Gemeinden

Glarus Süd

Die Mitwirkung der Bevölkerung ist allseits gefragt

Der klare Entscheid der ausserordentlichen Landsgemeinde gibt den verschiedenen Teilprojekten in Glarus Süd weiteren Schwung. Bereits am Informationsanlass vom 29. Oktober in Schwanden, an dem rund 350 Bürgerinnen und Bürger aus allen Dörfern teilnahmen und sich über den Stand des Projektes informieren konnten, wurde die Bevölkerung aufgerufen, Ideen und Vorschläge einzubringen.

Schulen von Glarus Süd in der Zukunft

Die Ist-Analyse über die heutigen Angebote, Schüler- und Geburtenzahlen sowie Infrastrukturen wurde abgeschlossen. Die AG des Teilprojektes Schulen ist daran, Modelle und Varianten auszuarbeiten. Am 11. Dezember konnte diese Diskussion an einer «ausserordentlichen Filialkonferenz» in Elm in die Breite getragen werden. Rund 120 Lehrkräfte, Behördenmitglieder und Gäste nahmen am Orientierungs- und Diskussionsanlass teil. Klar gestellt wurde, dass sich die Diskussion nicht nur um die künftigen Schulstandorte dreht. Vielmehr habe man Schulen mit Profil im Visier, die den national und kantonale geforderten Qualitätsstandards entsprechen, aber auch ihr Eigenleben als teilautonome Schu-

len bewahren sollen. Bei den heute zehn Primarschulen und sieben Kindergärten strebt die Arbeitsgruppe weiterhin viele verstreute, mit kurzen Schulwegen für die Kinder an. Eine mögliche Variante rechnet noch mit sechs Primarschulen und Kindergärten. Bei den vier Oberstufen wird es allenfalls eine Konzentration auf zwei oder eine geben. Bei den Tagesstrukturangeboten und Tagesschulen lässt sich gut bei den positiven vorhandenen Strukturen anknüpfen.

Die Elmer Konferenzteilnehmenden wurden aufgerufen, die in Tischrunden begonnene Diskussion um Varianten und Visionen weiterzuführen.

Behörden und Volksrechte

Die Arbeitsgruppe Behörden und Volksrechte hat ihre Arbeit aufgenommen. Die zentrale Frage, die im weitläufigen Glarus Süd zu diskutieren ist, lautet: Benötigt es ein Gemeindeparlament oder nicht? Die Arbeitsgruppe möchte aufgrund der vorliegenden Mustergemeindeordnung mehrere Varianten ausarbeiten.

Um dies ein wenig am Puls der Bevölkerung zu tun, wird in Woche 51 eine Online-Umfrage auf der Website www.glarussued.ch aufgeschaltet.

Namen und Wappen

Bei der Arbeitsgruppe Namen und Wappen sind seit dem letzten Aufruf laufend Vorschläge eingegangen. Diese sollen nun in einem ersten Schritt grafisch bereinigt werden. Ein weiterer Aufruf an die Bevölkerung wird erfolgen. Sodann werden alle eingereichten Namen und Wappen der Bevölkerung für eine erste «Vernehmlassung» vorgestellt. (ckm)

Glarus 2011

3 Gemeinden.
1 Kanton.

Glarus Nord: Nach wie vor «in time»

Obwohl grundsätzlich vorgesehen ist, dass die kantonalen Projektgruppen Grundlagen für die Arbeiten der kommunalen Arbeitsgruppen liefern, hat sich die Projektleitung Glarus Nord gezwungen gesehen, einzelne Arbeitsgruppen früher zu starten. Die Arbeitsgruppe D 2 «Finanzwesen» wurde beispielsweise eingesetzt, um eine Lösung für eine gemeinsame Finanzverwaltung der Glarus-Nord-Gemeinden zu suchen, welche möglichst schon vor 2011 tätig werden könnte, dies vor allem deshalb, weil in der grössten der acht betroffenen Gemeinden der Finanzverwalter zum Kanton gewechselt hat, in der zweitgrössten die Pensionierung des Finanzverwalters unmittelbar bevorsteht, und in der drittgrössten der Finanzverwalter wohl gleich just auf den Start der neuen Gemeinde hin altershalber aus dem Amt scheidet. Die Arbeitsgruppe hat ihren Auftrag erfüllt und schlägt ein Modell vor, wonach im Prinzip – das Einverständnis der Bürgerinnen und Bürger von Glarus Nord vorausgesetzt – innert Kürze eine effiziente und bürgergerechte Finanzverwaltung Glarus Nord in Betrieb genommen werden könnte.

Ebenfalls früh gestartet ist die Gruppe D 6 «Energie/Versorgung» – hier muss nicht nur die Frage geprüft werden, wie (und in welcher Rechtsform) sich die gemeindeeigenen Elektrizitätswerke gemeinsam führen lassen, sondern auch auf die unmittelbar bevorstehende Strommarktliberalisierung reagiert werden. Im Weiteren prüft diese Arbeitsgruppe auch, ob in die Versorgung mit elektrischer Energie nicht auch diejenige mit Erdgas, TV-Signalen und eventuell sogar Trinkwasser operativ eingeschlossen werden soll. Natürlich ist diese Frage – insbesondere die Versorgung mit Trink- und Löschwasser – auch für die Gruppe D 3.3 «Werkhöfe Bau/Forst» von vitalem Interesse. Die beiden Arbeitsgruppen D 3.3 und D 6 ringen zur Zeit um eine gemeinsame Lösung (zu welcher selbstverständlich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das letzte Wort haben werden).

Während die Arbeitsgruppen D 3.1 «Volksrechte/Behörden» und D 4 «Schulwesen» ebenfalls bereits ihre Aufträge wahrnehmen, warten D 3.2 «Verwaltung», D 5 «Alters- und Pflegeheime», D 8 «Korporationen», D 9 «Raumentwicklung», D C1 «Personelles» und D C4 «Ablauforganisation/Informatik» die Signale der entsprechenden kantonalen Projektgruppen ab. Die Arbeitsgruppe D 7 «Feuerwehren» startet demnächst – sie hat eigentlich nur noch das durch die Glarner Fachstelle für Brandschutz und Feuerwehr und die betroffenen Feuerwehrkommandos gewählte Modell (welches von den betroffenen Gemeindebehörden ebenfalls gutgeheissen wurde) der künftigen Feuerwehr Glarus Nord auszuarbeiten. Unabhängig von irgendwelchen Entscheiden der ausserordentlichen Landsgemeinde wird diese Einrichtung wohl Bestand haben.

Angeleitet und koordiniert von der kantonalen Projektleitung hat auch die Arbeitsgruppe «Gemeindewappen und -namen» ein erstes Mal getagt – die Mitglieder schlagen sich zur Zeit mit heraldischen Regeln und Lokalgeschichte herum – nach wie vor werden gute Ideen und Anregungen in dieser Sache gerne entgegengenommen. In Anbetracht des klaren Auftrages der Landsgemeinde 2006, am 1. Januar 2011 mit einer effizient funktionierenden Grossgemeinde im Sinne eines Dienstleistungsbetriebs zu starten, haben Wappen und Namen allerdings, zumindest in Glarus Nord, nicht erste Priorität. Wie das Gebilde denn einmal heisst, ist von eher untergeordneter Bedeutung, entscheidend ist nach Ansicht der Projektleitung vielmehr, dass es dann dereinst gut funktioniert.

Von im wahrsten Sinne des Wortes wegweisender Bedeutung ist da schon die Arbeit der Gruppe D 9 «Raumentwicklung». Die Nutzungs- und Raumplanung, welche einerseits die bestehenden Nutzungspläne der jetzigen acht betroffenen Gemeinden berücksichtigt (damit es dereinst auch eine mehrheitsfähige Vorlage gibt), andererseits aber auch unter Berücksichtigung von Verkehr, Tourismus, Landwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz und anderen Interessen Raum für eine gesunde Weiterentwicklung offen lässt, ist

Glarus 2011

**3 Gemeinden.
1 Kanton.**

eine sehr komplexe Aufgabe, welche hohe Anforderungen an die Arbeitsgruppenmitglieder stellt. Glarus Nord ist allerdings in der glücklichen Lage, dass zumindest von den an die Linth anstossenden Gemeinden dank dem (aus dem Hochwasserschutzprojekt Linth 2000 entstandenen) Entwicklungskonzept Linthebene EKL 2003 bereits Bestandesaufnahmen vorliegen – auch erste raumplanerische Erkenntnisse, welche mit den Richtplänen der angrenzenden Kantone Schwyz und St. Gallen in Einklang stehen, sind schon vorhanden (und von den Kantonsregierungen begrüsst worden). Die Arbeitsgruppe wird wohl bald ihre Aufgabe anzupacken beginnen, beraten von einem entsprechenden Büro für

Raumplanung. Externe fachliche Beratung nutzt übrigens auch die Arbeitsgruppe D 6, auch die Projektleitung wird – ebenso wie sein kantonales Pendant – auf längere Frist nicht darauf verzichten können.

Projektleitung und Steuerungsausschuss von Glarus Nord stehen nach wie vor voll und ganz hinter der Projektarbeit, erfüllen ihren eigenen Zeitplan und sind zuversichtlich, dass die Arbeit gelingen wird – trotz dem sehr knappen Termin der Inkraftsetzung.

Kontakt: steve.nann@gl-nord.ch

Glarus Mitte Nun kann es konkret werden

Auch für das Projekt Glarus Mitte ist es sehr förderlich, dass nun das Vereinigungsziel durch den klaren Entscheid der ausserordentlichen Landsgemeinde wirklich allen Beteiligten zweifelsfrei vor Augen steht. Mit dem neuen Gemeindegesetz wird dann die Landsgemeinde 2008 auch dem Projekt Glarus Mitte jene feste Basis geben, auf der die Organisation der eigenen Gemeinde autonom konkretisiert werden kann.

Inzwischen sind für Glarus Mitte bereits all jene Arbeitsgruppen am Werk, die über ausreichende Richtwerte aus der kantonalen Projektarbeit verfügen. Eine besondere Dringlichkeit hat sich im Bereich Spitex ergeben, wo schon für 2008 eine regionale Übergangslösung festzulegen ist. Auch die Gruppe Finanzen, die im Januar 2008 startet, hat sich bereits mit der aktuellen Personalsituation zu befassen.

Die Projektleitung Glarus Mitte hat bewusst darauf verzichtet, schon vor dem Vorliegen konkreter Arbeitsergebnisse einfach Publizität um der Publizität willen zu betreiben. Im Jahr 2008 wird

es nun aber zunehmend möglich sein, offen und transparent über handfeste Resultate zu informieren und dabei die ganze Bevölkerung in die weitere Meinungsbildung und Entscheidungsfindung einzubeziehen.



Glarus 2011

3 Gemeinden.
1 Kanton.



Die Glarner Jugend im Gemeindestrukturprojekt

Die Glarner Jugend ist aktiv in das Gemeindestrukturprojekt eingebunden. Der Verein «zukunft.gl» delegiert in viele Projekte ein bis zwei Vertreter/-innen. Er erhält deshalb auch im Newsletter regelmässig Raum für Beiträge.

zukunft.gl will den Reformprozess weiter begleiten

Die Jugendbewegung zukunft.gl freut sich über den weitsichtigen und mutigen Entscheid der ausserordentlichen Landsgemeinde. Auch künftig will zukunft.gl den Reformprozess mit viel Engagement und Herzblut begleiten und die Anliegen der jungen Generation einbringen.

Das deutliche Ergebnis der ausserordentlichen Landsgemeinde sieht zukunft.gl als Verpflichtung für die bisherigen Reformgegner den Entscheid definitiv zu respektieren. Die skeptischen Stimmen sollen auf dem Weg zu den drei neuen, starken Gemeinden eingebunden werden. Zukunft.gl fordert die bisherigen Gegner dazu auf, sich konstruktiv am Reformprozess zu beteiligen. Die Jugendbewegung freut sich auch in Zukunft in verschiedenen Arbeitsgruppen die Glarner Jugend vertreten zu dürfen.

Mitglied bei zukunft.gl können alle interessierten Glarnerinnen und Glarner werden, wobei der Fokus primär auf die junge Generation gerichtet ist.

Impressum:

Newsletter GL2011: Drei starke Gemeinden – ein wettbewerbsfähiger Kanton, Dezember 2007

Der Newsletter «GL2011: Drei starke Gemeinden – ein wettbewerbsfähiger Kanton» erscheint in unregelmässigen Abständen in elektronischer Form.

Herausgeber: Projektleitung Kanton c/o Departement Volkswirtschaft und Inneres, Zwinglistrasse 6, 8750 Glarus, gemeindestrukturereform@gl.ch

Redaktion: Galliker Kommunikation, Bahnhofstrasse 2, Postfach 1013, 8610 Uster, info@gallikerkom.ch

Bezugsadresse: Der Newsletter wird allen kantonalen und kommunalen Behördenmitgliedern, den kantonalen und kommunalen Mitarbeitenden sowie den Glarner Medien und den Glarner Parteien automatisch zugestellt. Alle Interessenten/-innen können ihn jedoch kostenlos online abonnieren. Ein Mail genügt: gemeindestrukturereform@gl.ch.

Mehr Informationen zur Glarner Gemeindestrukturereform:
www.gl2011.ch